

90A1

Antrag

Initiator*innen: Aisha Badjie (SV RBZ am Schützenpark)

Titel: **A18: Kantinen-Angebot an jeder
berufsbildenden Schule**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2
- 3 Es wird unter Punkt 2. Lebensraum Schule im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 4
- 5 Wir fordern dass an jeder berufsbildenden Schule die Möglichkeit besteht, den
- 6 Schüler*innen eine Essensverpflegung bereitzustellen, die unter anderem vegane,
- 7 vegetarische und halal-zertifizierte Angebote umfasst.

91A1

Antrag

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **A23: Entschuldigen von Schülern bei Streiks des ÖPNV**

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament möge beschließen.

2 Das LSV BS SH setzt sich dafür ein, dass Schüler*innen bei Fehlen, wegen Streiks
3 des ÖPNV, entschuldigt werden.

4 1. Dies soll für alle gelten, die aufgrund ihrer Entfernung zur Schule, den
5 Schulweg nicht ohne den ÖPNV zurücklegen können.

6 2. Falls es einer solchen Person, wegen Streiks des ÖPNV nicht möglich ist, am
7 Unterricht Teil zu nehmen, sollen diese verpassten Unterrichtseinheiten nicht
8 als unentschuldigte Fehlzeiten angerechnet werden.

9 3. Falls Klausuren oder Klausurersatzleistungen aufgrund von Streiks des ÖPNV
10 nicht wahrgenommen werden können, fordert der LSV, dass diese ebenso nicht als
11 unentschuldigte Fehlzeiten angerechnet werden und es für betroffene Personen
12 möglich ist, ohne Vorlage eines Attests, möglich ist, diese an einem gesonderten
13 Termin nachzuholen.

14 4. Falls mehrere Personen aufgrund von Streik nicht am Unterricht teilnehmen
15 können, soll es diesen ermöglicht werden, über digitale Plattformen, auch von
16 Zuhause aus, am Unterricht teilzunehmen.

A1

Antrag

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Rechtssicherheit schaffen: Korrekturfristen ins Schulgesetz!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 2.20 im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Wir fordern, dass das Schulgesetz dahingehend geändert wird, dass es eine
4 Korrekturzeit von nicht mehr als vier Wochen für schriftliche Leistungsnachweise
5 enthält."

A2

Antrag

Initiator*innen: Landeschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Volle Mägen, volle Köpfe – Kostenloses Schulessen als Grundrecht!**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Im 2.15. wird das Wort "bezahlbare" durch "kostenlose" ersetzt.

A3

Antrag

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernen, für die Zukunft gerüstet sein: Politik- und Geschichtsunterricht für die berufsbildenden Schulen!**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Der 14.5 wird in folgendem Wortlaut neu gefasst:
- 3 "Wir fordern, dass in den berufsbildenden Schulen sowohl Politik- als auch
- 4 Geschichtsunterricht erteilt wird."

A4

Antrag

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Lehrjahre sind keine Sklavenjahre! -
Mindestlohn für Auszubildende**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 10.6. wird wie folgt neu gefasst:
- 3 "Wir fordern, dass die Mindestvergütung für Ausbildungen an den gesetzlichen
- 4 Mindestlohn angeglichen wird."

Antrag

Initiator*innen: Landeschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Für eine lebendige Erinnerungskultur:
Verpflichtende KZ-Besuche für alle
Schüler*innen, Extremismus bekämpfen**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 1. Der 2.11. wird zu folgendem Wortlaut geändert:
3 "weggefallen"

4 2. Es wird ein 17. mit dem Titel "Extremismus und Erinnerungskultur" im
5 folgenden Wortlaut eingefügt:

6
7 "17.1. Wir fordern, dass Lehrkräfte, deren Handeln der freiheitlich-
8 demokratischen Grundordnung zuwiderläuft im Rahmen der beamtenrechtlichen
9 Möglichkeiten konsequent aus dem Schuldienst entfernt werden.

10 17.2. Wir fordern bezüglich 17.1. eine verstärkte Sensibilisierung der
11 Schulleitungen und Schulaufsichten.

12 17.3. Wir fordern, dass jede*r Schüler*in in Schleswig-Holstein während
13 seiner Schulzeit wenigstens ein Mal ein Konzentrations-/Vernichtungslager
14 besucht haben muss.

15 17.4. Wir fordern umfangreiche Aufklärung in den Schulen und in allen
16 Unterrichten bezüglich Extremismus, vor allem Rechtsextremismus und ein
17 entschiedenes Vorgehen der Schulleitungen betreffend entsprechender
18 Vorfälle."

A6

Antrag

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Gerechte Benotung in Deutschklausuren - Weg mit der Sperrnote!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 8.8. im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Wir fordern, dass die Sperrnote im Bewertungsteil "Inhalt" bei den
4 schriftlichen Leistungsnachweisen im Fach Deutsch in der gymnasialen Oberstufe
5 entfällt und die Gesamtnote aus dem Durchschnitt aller vier Teilnoten gebildet
6 wird."

A8

Antrag

Initiator*innen: Berufsbildungszentrum Norderstedt (dort beschlossen am: 10.02.2025)

Titel: Mindest- / Grundvergütung Praktika

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen: Das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern.
- 2 Der Punkt 10.7 wird ersatzlos entfernt.

Begründung

Eine Vergütung wird normalerweise in Relation zur Kompetenz gezahlt. Das Zahlen von einer Mindest- / Grundvergütung für Praktikanten steht also außer Frage. Das Praktikum dient vor allem der beruflichen Orientierung und kann sowohl in einer Übernahme als auch in einer Zusage für eine Berufsausbildung enden.

Der Praktikant selber erfüllt keine wertschöpfende Arbeiten welche in Relation zum Einarbeitungs- und Betreuungsaufwand positiv gegenübergestellt werden können. Auch sollten die Praktikanten geschützt werden indem ein Praktikum weitgehend ohne Vergütung abläuft.

Außerdem wird das Interesse am inhaltlichen und nicht etwa an monetären Aspekten gefördert. Auch würde ein viel höherer Leistungsdruck bei den meist sehr jungen Praktikanten entstehen, würden diese für eine nicht mit einer Fachkraft vergleichbaren Arbeitsleistung dementsprechend entlohnt werden.

Schützen wir unsere Jugend und stellen wir Kompetenzen und das Kapital Wissen in den Fordergrund.

A9

Antrag

Initiator*innen: Landeschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Gute Lehrer brauchen gute Ausbildung -
Referendariat erhalten!**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 8.8. im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass die derzeitige Dauer von 18 Monaten des Vorbereitungsdienstes
- 4 für Lehrkräfte beibehalten oder erhöht, jedoch keinesfalls gesenkt wird."

A10

Antrag

Initiator*innen: Landeschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Die Globalisierung nutzen - Förderung von internationalen Kompetenzen**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 8.9. im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 „Wir fordern die Schaffung von Programmen und Partnerschaften, die Schüler*innen
4 und Lehrkräften ermöglichen, internationale Erfahrungen zu sammeln. Dies umfasst
5 Austauschprogramme, Pratika und die Zusammenarbeit mit Schulen im Ausland.“

A11

Antrag

Initiator*innen: Landeschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Transsexualität sichtbar machen und inkludieren - Ergänzungsausweise anerkennen**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 9.12. im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Wir fordern, dass in Schule der Ergänzungsausweis des dgti e. V. für
4 Transsexuelle anerkannt wird sowie dass seine Besitzer mit dem in ihm
5 verzeichneten Namen angesprochen und in den Schulakten geführt werden."

A12

Antrag

Initiator*innen: Landeschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: Rückholantrag AG Grundsatzprogramm

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen,
- 2 den Beschluss des 91. LSPs mit dem Titel "Grundsatzprogramm überarbeiten",
- 3 zuletzt geändert durch Umlaufbeschluss vom 24.01.2025, aufzuheben.

A13

Antrag

Initiator*innen: Landeschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Geld sollte der Innovation nicht im Weg stehen - Schul-Innovationsfond**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird eine 10.11. in folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Wir fordern die Einrichtung eines staatlich geförderten Innovationsfonds, der
4 Schulen finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um innovative Projekte
5 eigenständig umzusetzen. Schulen sollen sich mit Ideen bewerben können und eine
6 transparente Mittelvergabe sichergestellt werden."

A14

Antrag

Initiator*innen: Landeschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Klausuren sagen nicht viel aus - Einführung von Portfolio-Prüfungen**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 8.10. in folgendem Wortlaut eingefügt:

3 "Wir fordern, dass neben Klausuren verstärkt Portfolio-Prüfungen eingeführt
4 werden, in denen Schüler*innen über einen längeren Zeitraum an realen Projekten
5 arbeiten, ihre Lernfortschritte dokumentieren und ihre Ergebnisse präsentieren."

Antrag

Initiator*innen: Landeschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: **Medienbildung statt Verbotspolitik, keine Handyverbote in Schleswig-Holsteins Schulen!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 1. Es wird ein 2.21. im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Wir fordern, dass in den schleswig-holsteinischen Schulen keine allgemeinen
4 Handyverbote erlassen werden. In Grundschulen können tiefgreifendere Maßnahmen
5 geboten sein."

6 2. Es wird ein 7.19. im folgenden Wortlaut eingefügt:

7 "Wir fordern, dass Medienbildung, vor allem im Bezug auf Nachrichtenkompetenz
8 und Quellenbewertung sowie Soziale Medien fächerübergreifend in den Unterricht
9 miteinbezogen wird."

A16

Antrag

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellvertretender Landesschülersprecher)

Titel: **Leistungsdruck auch Zuhause - Hausaufgaben abschaffen. - Jetzt!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen,

2

3 das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

4

5 Es wird eine 7.19. In folgenden Wortlaut eingefügt:

6 "Wir fordern die Abschaffung von Hausaufgaben in ihrer jetzigen Form.

7 Stattdessen sollten bspw. "betreute Lernstunden" stattfinden. Das Nicht-

8 Erledigen einer freiwilligen Aufgabe sollte nicht in die Bewertung der

9 Schüler*innen einfließen."

Begründung

Erfolgt mündlich

A17

Antrag

Initiator*innen: Magnus Erdmann & Elias Görth (Stellv. LSS & LSS)

Titel: Einflussnahme des Ministeriums – nein danke!

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 In die Leitlinie in Punkt 18 wird folgender Wortlaut aufgenommen:

3 „Die LSV BS SH fordert eine räumlich und personell eigenständige Geschäftsstelle
4 für die LSVen in Schleswig-Holstein und lehnt das "inhaltliche Mandat" der
5 Geschäftsstelle, wenigstens solange es durch eine abgeordnete Lehrkraft ausgeübt
6 wird, entschieden ab.“

Begründung

Erfolgt mündlich

A18

Antrag

Initiator*innen: Magnus Erdmann (SV Friedrich-List-Schule)

Titel: **Optimierung des Unterrichts durch das
„Doppelstundenprinzip“**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein neuer 5.9. mit folgendem Wortlaut eingefügt:

3 „Die LSV BS SH setzt sich für die flächendeckende Einführung von Doppelstunden
4 im Unterrichtsgefüge ein. Dabei soll zwischen den beiden Unterrichtsstunden eine
5 verpflichtende 5-minütige Pause eingelegt werden, um die Konzentrationsfähigkeit
6 der Schüler*innen zu fördern. Die Stundenpläne aller Schulen sollen langfristig
7 auf Doppelstunden umgestellt und entsprechend optimiert werden.“

Begründung

Erfolgt mündlich

A19

Antrag

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: **Weil WIR wissen, was die LSVen brauchen:
Haushaltshoheit für die LSVen!**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird unter dem Punkt "Leitlinien" ein 19. im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Nur die gewählten Schüler*innenvertreter*innen in den LSVen können entscheiden,
4 wie Gelder im Sinne der Schüler*innenvertretung zu verwenden sind. Deshalb
5 fordern wir, dass die LSVen über die Verwendung der ihr zur Verfügung gestellten
6 in Zusammenarbeit mit einer vom für Bildung zuständigen Ministerium
7 unabhängigen, operativ zuständigen Geschäftsstelle eigenständig entscheiden."

Begründung

erfolgt mündlich

A20

Antrag

Initiator*innen: Elias Görth (SV RBZ Wirtschaft . Kiel)

Titel: **Digitale Schule braucht digitale
Leistungsnachweise**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 8.11. im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass allen Schüler*innen die Möglichkeit eingeräumt wird,
- 4 Klausuren über ein schulisch bereitgestelltes Gerät digital zu absolvieren."

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: **Mit vereinten Kräften - eine starke LSV für
Schleswig-Holstein!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. Das LSP stellt fest, dass die derzeitige Struktur der LSVen eine
3 unzureichende Bündelung von Ressourcen sowie ein geschwächtes Auftreten
4 gegenüber Politik, dem für Bildung zuständigen Ministerium sowie den
5 Medien mit sich bringt. Wie in anderen Bundesländern, z. B. Bayern oder
6 Baden-Württemberg sichtbar, können auch innerhalb eines zentralen Gremiums
7 die unterschiedlichen Interessen der Schüler*innen verschiedener
8 Bildungsgänge deutlich gemacht werden.
- 9 2. Die LSV BS befürwortet deshalb die Bildung einer gemeinsamen
10 Landesschülervertretung. Diese muss mit einer Stärkung der Kreisebene
11 schon alleine deshalb einhergehen, weil im Falle einer gemeinsamen LSV die
12 Delegiertenwahl über die Kreisebene unerlässlich wäre. Diese befürwortet
13 die LSV BS ebenfalls, nicht zuletzt aufgrund der abzusehenden
14 Kompetenzsteigerung im Gremium bei einem erneuten Wahlvorgang auf der
15 Kreisebene.
- 16 3. Das LSP beauftragt den LSV-Vorstand, gem. § 99 Abs. 3 SchulG i. V. m. § 83
17 Abs. 1 die Bildung einer gemeinsamen Landesschülervertretung gemeinsam mit
18 den Gymnasien, den Gemeinschaftsschulen und den Förderzentren zu
19 betreiben.
- 20 4. Der Landesschülersprecher wird ermächtigt, mit Zustimmung des LSV-

21 Vorstandes mit den Landesschülervertretungen der Gymnasien, der
22 Gemeinschaftsschulen oder der Förderzentren Vereinbarungen gem. § 99 Abs.
23 3 SchulG i. V. m. § 83 Abs. 1 SchulG zu treffen. Dabei ist die
24 ausreichende Vertretung der Interessen der Schüler*innen der
25 berufsbildenden Schulen sicherzustellen. Eine Vereinbarung bezüglich des
26 Wahlverfahrens der Delegierten in einer gemeinsamen LSV bedarf der
27 Genehmigung des LSPs.

28 5. Das Grundsatzprogramm wird wie folgt geändert:

29 1. Der Abschnitt 3. "Schülervertretung (SV)" wird in "(Landes-
30)Schülervertretung (LSV/SV)" unbenannt.

31 2. Es wird ein 3.8 im folgenden Wortlaut eingefügt:

32 "Wir fordern, dass das Schulgesetz dahingehend geändert wird, dass
33 eine gemeinsame Landesschülervertretung aller Schularten gebildet
34 wird, in deren Struktur eine ausreichende Vertretung der Interessen
35 der Schüler*innen aller Schularten gewährleistet ist."
36

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Elias Görth (SV RBZ Wirtschaft . Kiel)

Titel: **Antifaschismus und Antirassismus auch aus dem Ministerbüro - Frau Prien, denken Sie an Ihre Schüler*innen!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. Die LSV BS fordert die Bildungsministerin Karin Prien auf, sich nicht an
3 ausländischerfeindlichen Äußerungen und Handlungen der CDU in der
4 Migrationspolitik zu beteiligen und im Sinne einer Schule für alle
5 Schüler*innen, keine Menschen und damit auch Schüler*innen mit
6 Migrationshintergrund zu stigmatisieren.

- 7 2. Die LSV BS fordert die Bildungsministerin Karin Prien auf, sich innerhalb
8 der CDU klar gegen eine weitere Zusammenarbeit mit der AfD zu
9 positionieren. Eine demokratische Volkspartei wie die CDU mit
10 Verantwortung in vielen Regierungen und Parlamenten und auch mit der
11 Verantwortung für die Schüler*innen in Schleswig-Holstein darf sich unter
12 keinen Umständen aus parteitaktischen Überlegungen heraus einer
13 rechtsextremen Partei hingeben. Die Absichten der AfD gefährden die
14 Freiheiten und die Sicherheit vieler Schüler*innen im Land, eine solche
15 Partei darf durch eine Partei wie die CDU nicht unterstützt werden.

- 16 3. Deutschland und Schleswig-Holstein stehen neben einem immensen
17 Fachkräftemangel auch einer massiven Erwerbsfähigkeitenlücke gegenüber.
18 Das gefährdet den Wohlstand dieses Landes und damit der heutigen
19 Schüler*innen in der Zukunft und stellt auch die
20 Sozialversicherungssysteme sowie das Rentensystem wesentlich in Frage.
21

22 Schüler*innen müssen über diese Umstände höchst besorgt sein. Besonders
23 die Erwerbsfähigenlücke ist allein aus demographischen Gründen ohne
24 Migration nicht zu schließen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und
25 muss es auch sein, sein Wohlstand hängt davon ab. Die ausländerfeindliche
26 Atmosphäre und die Stigmatisierung migrantisierter Menschen hier im Land
27 gefährden weitere Arbeitsmigration, schreckt hier lebende Arbeitskräfte ab
28 und riskiert damit, sämtliche Bemühungen zur Schließung der
29 Erwerbsfähigenlücke zu torpedieren. Wir fordern deshalb die
30 Politiker*innen aller Parteien, besonders aber die schwarz-grüne
31 Landesregierung und die Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung,
32 Wissenschaft, Forschung und Kultur auf, sich für eine aktive
33 Willkommenskultur im Land und gegen rassistische Hetze und Stigmatisierung
 einzusetzen, damit die Schüler*innen von heute morgen eine Zukunft haben!

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Moderne Sprachkompetenz statt veralteter Lehrinhalte im Deutschunterricht**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2 Der aktuelle Deutschunterricht ist nicht mehr zeitgemäß und bereitet
3 Schüler*innen nicht ausreichend auf die sprachlichen Herausforderungen des
4 modernen Lebens vor. Das MBWFK wird daher aufgefordert, den Lehrplan so
5 anzupassen, dass folgende Punkte umgesetzt werden:

6 1. Der Unterricht soll weniger Zeit mit klassischen literarischen Werken
7 verbringen und sich stattdessen stärker mit aktuellen Aussagen und deren
8 Bedeutungen befassen.

9 2. Schüler*innen sollen verstärkt lernen, aktuelle Aussagen zu analysieren
10 und zu interpretieren, um ihre inhaltliche Absicht und Wirkung besser zu
11 verstehen.

12 3. Ein besonderer Fokus soll darauf gelegt werden, manipulative Sprachmuster
13 und Framing zu erkennen. Der Vergleich zwischen fachlichen Quellen und
14 deren Darstellung in der Öffentlichkeit soll verdeutlichen, wie
15 sprachliche Gestaltung die Wahrnehmung beeinflussen kann.

Begründung

Erfolgt mündlich

A25

Antrag

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Transparenz durch frühzeitige Terminübersicht an beruflichen Schulen**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 • Die beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein werden aufgefordert, den
3 Klassen zu Beginn jedes Halbjahres eine Übersicht der geplanten Termine
4 bereitzustellen.
- 5 • Diese Übersicht soll unter anderem folgende Termine enthalten:
6 Projektstage, Schulentwicklungstage, Ausflüge und Klausuren (inklusive
7 geplantem Inhalt).
- 8 • Die Termine sollen dabei als Orientierung für die Schüler*innen im Verlauf
9 des Halbjahres dienen und sind nicht verbindlich, sondern können bei
10 Bedarf angepasst werden.

Begründung

Erfolgt mündlich

A26

Antrag

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Einrichtung von Raucherzonen an beruflichen Schulen**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. Die beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein werden aufgefordert, auf
3 ihrem Schulgelände Raucherzonen einzurichten.
- 4 2. Das Rauchen soll ausschließlich in diesen ausgewiesenen Raucherzonen
5 gestattet sein.
- 6 3. Das Rauchen außerhalb dieser Bereiche soll entsprechende Konsequenzen nach
7 sich ziehen.
- 8 4. Die Schulträger werden aufgefordert, den Schulen die Einrichtung dieser
9 Zonen zu ermöglichen und das Rauchen darin zu gestatten.

Begründung

Erfolgt mündlich

A27

Antrag

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Bezahlbare und flächendeckende
Kantinenversorgung an beruflichen Schulen**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. An allen beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein soll eine
3 Kantinenlösung eingeführt oder bestehende Angebote verbessert werden.
- 4 2. Die Preise für Mahlzeiten sollen bezahlbar gestaltet werden, sodass alle
5 Schüler*innen Zugang zu einer ausgewogenen Verpflegung haben.
- 6 3. Die Schulen sollen bei der Preisbildung unterstützend tätig sein und
7 Maßnahmen ergreifen, um sozialverträgliche Preise zu gewährleisten.
- 8 4. Das Land Schleswig-Holstein sowie der Bund werden aufgefordert,
9 finanzielle Unterstützung bereitzustellen, um eine flächendeckende und
10 kostengünstige Kantinenversorgung an den beruflichen Schulen
11 sicherzustellen.

Begründung

Erfolgt mündlich

A28

Antrag

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Moderne technische Ausstattung für jeden Klassenraum**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 13.3. in folgendem Wortlaut eingefügt:

3 "Wir fordern, dass jeder Klassenraum mit einem Beamer ausgestattet sein soll,
4 der eine einfache Verbindung über HDMI ermöglicht. Zusätzlich soll zu jedem
5 Beamer eine Dokumentenkamera gehören, um Arbeitsblätter unkompliziert
6 projizieren und bearbeiten zu können."

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: Klare Regelungen und Integration von Künstlicher Intelligenz im Unterricht

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. Das MBWFK wird aufgefordert, klare Regelungen zur Nutzung Künstlicher
3 Intelligenz im Unterricht und bei Klausuren durch Schüler*innen zu
4 erarbeiten.
- 5 2. Diese Regelungen sollen fachspezifisch sowie an die unterschiedlichen
6 Schularten und Bildungsgänge angepasst sein.
- 7 3. KI-gestützte Tools sollen aktiv im Unterricht eingesetzt werden. Dabei
8 sollen sowohl ihre Vorteile als auch ihre Grenzen sowie die korrekte
9 Nutzung thematisiert werden.
- 10 4. Zur Verankerung dieser Forderungen im Grundsatzprogramm wird es wie folgt
11 ergänzt:
 - 12 1. Es wird ein 13.4. in folgendem Wortlaut eingefügt: "Wir fordern,
13 dass KI-Tools aktiv in den Unterricht integriert und dort auch
14 inhaltlich behandelt werden."
 - 15 2. Es wird ein 13.5. in folgendem Wortlaut eingefügt: "Wir fordern,
16 dass es klare, landesweite und bildungsgang-/fachspezifische
17 Regelungen zur Nutzung künstlicher Intelligenz im Unterricht und bei
Klausuren geben soll."

Begründung

Erfolgt mündlich

A30

Antrag

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Mehr Wahlmöglichkeiten und Mitbestimmung im Stundenplan**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 7.19. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 “Wir fordern eine stärkere Implementierung von Wahlpflichtkursen sowie mehr
- 4 Mitbestimmung der Schülerinnen über die Inhalte ihres Stundenplans.”

Begründung

Erfolgt mündlich

A31

Antrag

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: Lebensnahe Inhalte im Unterrichtsalltag

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 8.8. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass Unterricht und Lehrpläne – insbesondere im Wirtschafts- und
- 4 Politikunterricht – so angepasst werden, dass verstärkt lebensnahe Inhalte
- 5 vermittelt werden, die Schüler*innen im späteren Leben benötigen."

Begründung

Erfolgt mündlich

A32

Antrag

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: Mehr Zeit für Sportunterricht im Stundenplan

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 7.20. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass dem Sportunterricht mehr Zeit im Stundenplan eingeräumt wird,
- 4 um die körperliche Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler*innen zu
- 5 fördern."

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: Transsexuelle in Schule gleichstellen

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2 1. Das LSP stellt fest:

- 3 1. Im Umgang mit Transsexualität ist ein sensibler Umgang mit allen
4 Beteiligten vor Ort erforderlich. Dazu braucht es entsprechende
5 Fortbildungen insbesondere für den Lehrkörper. Wissensrückstände
6 sind abzubauen.
- 7 2. Dort, wo es um intime Räume/Schutzräume geht, ist bei
8 geschlechtsbezogener Trennung die Trennung anhand des Geschlechts
9 vorzunehmen, zu dem sich die Schüler*innen jeweils zugehörig fühlen.
- 10 3. Sofern es durch die Identifizierung eines*einer Schüler*in mit einem
11 Geschlecht, das von ihrem*seinem biologischen Geschlecht abweicht
12 und die entsprechende Zuweisung zu einem Unwohlsein bei beteiligten
13 Schüler*innen führt, ist niedrigschwellig eine Lösung zu entwickeln,
14 die für die sich unwohl fühlenden Schüler*innen Ausweichorte
15 vorsieht.
- 16 4. Keinesfalls darf es durch eine Lösung nach 3. zu einer Trennung
17 eines*einer Schüler*in ohne dessen*deren Einverständnis von einer
18 Lerngruppe aufgrund seines*ihrer Transsexualität kommen.
- 19 5. Im Bezug auf Schultoiletten ist eine geschlechtsneutrale Lösung
20 geboten. Dafür ist die Voraussetzung die Abschaffung von Urinalen
21 und die Installation fester Toilettenwände für einzelnen
Sanitäreanlagen, die vom Boden bis zur Decke reichen.
6. Alle Beteiligten in Schule müssen gemeinsam daran arbeiten,
Transfeindlichkeit abzubauen. Dazu ist unter anderem die Einbindung
der Gleichstellung aller Geschlechter sowie der Angehörigen aller

22 Geschlechter als Querschnittsaufgabe in die Unterrichte
erforderlich.

23

24

28

25

2. Das Grundsatzprogramm wird folgt zu geändert:

26

29

27

30

1. Es wird ein 9.12. im folgenden Wortlaut eingefügt:

31

32

33

34

"Wir fordern, dass sämtliche Schüler*innen entsprechend dem Geschlecht, dem sie sich zugehörig fühlen, zugewiesen und behandelt werden. Treten dabei Herausforderungen auf, so sind diese im Einzelfall sensibel und diskriminierungsfrei zu lösen."

35

36

37

38

39

2. Es wird ein 9.13. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass in Schulen ausschließlich geschlechtsneutrale Toiletten eingerichtet werden. Diese sind baulich vollständig in einzelne Einheiten zu unterteilen."

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: **Für die WEHRhafte Demokratie: Die Bundeswehr in die Schulen**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2 1. Das LSP stellt fest:

- 3 1. Das Staatskonzept der Bundesrepublik Deutschland stellt eine
4 wehrhafte Demokratie dar, die sich gegen ihre Gegner von Innen und
5 Außen verteidigt. Wesentlicher Bestandteil der Verteidigung nach
6 Außen ist die Bundeswehr.
- 7 2. In Zeiten, in denen auf europäischem Boden wieder Krieg geführt wird
8 und die Verlässlichkeit internationaler Partner wie der USA abnimmt,
9 ist Deutschland mehr denn je in der Pflicht, sich in der
10 Landesverteidigung breiter aufzustellen. Für diese breitere
11 Aufstellung ist unter anderem ein personeller Ausbau der Bundeswehr
12 erforderlich.
- 13 3. Angesichts des Nachwuchsmangels der Bundeswehr und des
14 Verständnisses von Landesverteidigung als gesamtgesellschaftliche
15 Aufgabe bedarf es der Nachwuchswerbung auch in Schule. Ebenso wie
16 jeder andere Arbeitgeber muss die Bundeswehr die Möglichkeit haben,
17 den Nachwuchs direkt dort abzuholen, wo er sich befindet: In den
18 Schulen.
- 19 4. Selbstverständlich muss das Thema Militär, gerade auch in Verbindung
20 mit der deutschen Geschichte sowie mit militärischer Gewalt, in
21 Schule sensibel behandelt werden. Deshalb dürfen derartige
Werbeaktionen erst ab Klassenstufe 9 und nur mit intensiver Vor- und
Nachbereitung sowie Begleitung durch die Lehrkräfte durchgeführt

22 werden.
23 5. Initiativen wie "GegenWEHR" von u.a. der LSV NRW lehnen wir demnach
24 ab. Obgleich der Wille nach Diplomatie und Frieden jederzeit
25 Leitlinie des politischen Handelns sein muss, darf gerade in diesen
26 Zeiten Pazifismus nicht mit Unterwerfung gegenüber Demagogen und
27 Staaten, die mit Gewalt Grenzen zu verschieben beabsichtigen,
28 verwechselt werden.

29 2. Das Grundsatzprogramm wird deshalb wie folgt geändert:
30

31 1. 2.5. wird wie folgt neugefasst:
32

33 "Wir fordern, dass ab Klassenstufe 9 in den Schulen Nachwuchswerbung
34 durch die Bundeswehr stattfindet. Eine der Thematik angemessene Vor-
35 und Nachbereitung ist sicherzustellen."
36

Begründung

erfolgt mündlich